

Reinigungskräfte: Stadt ist verantwortlich für Lohndumping

VertreterInnen der IG Bau und der GEW, darunter eine Schuldirektorin, die Leiterin einer KITA und mehrere Reinigungskräfte, besuchten am 30. November die Fraktion der LINKEN im Rathaus. Sie suchten dringend Hilfe und haben sich auch an die anderen Fraktionen im Rat gewandt.

Eltern und Kinder sind empört über den Zustand in den Einrichtungen. Die Reinigungskräfte sind völlig überlastet.

Der Grund: Die städtische Verwaltung hat Verträge mit Reinigungsfirmen geschlossen, die aus Profit- und Vertragsgründen flächendeckend für

schlechte Arbeitsergebnisse sorgen müssen. Teilweise wurde über die Hälfte der Reinigungskräfte entlassen. Die je Person zu reinigenden Flächen wurden vergrößert, die Zeit, in der diese Flächen gereinigt werden sollen, wurde gleichzeitig reduziert.

Die wenigen Beschäftigten können diese Arbeit gar nicht mehr leisten, oft gibt es nicht einmal genügend Putzmittel oder technische Ausrüstung. Die Beschäftigten bringen teilweise eigene Putzmittel mit, weil die Reinigung nur mit Wasser unmöglich ist. Sie nehmen die Putzlappen mit nach Hause, weil sie nicht gewaschen werden. Sie bringen sich ihre

eigenen Handschuhe mit, weil die nicht immer zur Verfügung gestellt werden.

Wenn die Reinigungskräfte, meistens Frauen, auch nur auf die Mängel hinweisen, wird ihnen mit Kündigung gedroht.

Die Stadt Krefeld ist verantwortlich für solche prekären Arbeitsbedingungen. Manche dieser Firmen, mit denen die Verträge abgeschlossen wurden, sind als Lohndumpingfirmen einschlägig bekannt. Die Mehrzahl der Beschäftigten in diesem Bereich sind Frauen, nicht selten Alleinerziehende. Sie sind erpressbar, weil sie ihre Kinder mit versorgen müssen.

Basri Cakir, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, nach dem gestrigen Treffen: "Jetzt wissen wir, was Optimierung der Gebäudereinigung bedeutet. Sie wurde von SPD, CDU und den Grünen mit dem Haushalt beschlossen. Jährlich sollen 300.000,- eingespart werden. Der Preis: Verschmutzte Kitas und Schulen, Reinigungskräfte am Rand der Erschöpfung, sozialer Druck auf die Beschäftigten. Diese Optimierung können sich die Menschen, die von dem Geld leben müssen, nicht leisten."

W. D.

Zehn Jahre Hartz IV – Zehn Jahre „Fördern und Fordern“ Zur Rolle der Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren

Der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) Duisburg-Niederrhein, die Katholische Arbeitnehmer Bewegung e.V. Bezirksverband Mittlerer Niederrhein und das Ökumenische Arbeitslosenzentrum Krefeld Meerbusch e.V. haben am 17. September in der Friedenskirche in Krefeld, Luisenplatz 1 in einer Veranstaltung und Podiumsgespräch mit Professor Dr. em. Gerhard Bäcker, Anne Gollenbeck von der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B), Bottrop, Hans-Peter Sokoll vom Ökumenischen Arbeitslosenzentrum Krefeld-Meerbusch und den Bundestagsabgeordneten Siegmund Ehrmann (SPD) Ansgar Heveling (CDU) und Ulle Schauws (BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN) eine kritische Bilanz zur Hartz IV-Gesetzgebung gezogen.

Die Arbeitslosigkeit wird nur noch verwaltet. Vor den Hartz IV Gesetzen haben einige Kommunen eigene Strategien gegen die Arbeitslosigkeit entwickelt. Zum Beispiel Arbeit statt Sozialhilfe, oder ABM-Maßnahmen. Mit der neuen Gesetzgebung wurde der Arbeitsmarkt grundlegend verändert und dereguliert. Leiharbeit ist erheblich ausgeweitet, Minijobs mit geringem Einkommen sind geschaffen worden, der Kündigungsschutz wurde eingeschränkt und es können Sanktionen vom Job-Center verhängt werden.

Menschen ohne Arbeit erhalten nur noch ein Existenzminimum. Sogenannte Zusatzleistungen wurden abgeschafft. Es gelten strenge Zumutbarkeitsregeln bei der Auswahl von Arbeitsstellen, im Prinzip muss jede Arbeit angenommen werden. Der Niedriglohnsektor wurde extrem ausgeweitet. Das private Vermögen muss offengelegt und bis auf einen Schonbetrag zum Lebensunterhalt verwendet werden. Rücklagen für Alter und Pflege können nicht gebildet werden. Jugendliche und junge Erwachsene müssen bei den Eltern leben. Der Kombilohn

(geringes Einkommen mit Aufstocken vom Amt) wurde für 1,3 Millionen Menschen etabliert. Die „Bedarfsgemeinschaft“ wurde eingeführt: Das hat zur Folge, dass arbeitslos gemeldete Beschäftigte keinen Anspruch auf Hartz IV haben, wenn Partner oder Partnerin über eigenes Einkommen verfügt.

Hartz IV hat aber nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit geführt. Die Zahl der Minijobs ist gestiegen. Werkverträge wurden erheblich ausgeweitet. Die Langzeitarbeitslosigkeit konnte nicht gesenkt werden. Der Anteil der Menschen im Dauerleistungsbezug liegt bei 46%. 6,2 Millionen Menschen erhalten Leistungen, 15% der Kinder sind betroffen.

Als allgemeine Forderungen an die Job-Center wurden drei Punkte formuliert:

- 1.) Die Job-Center müssen mit den Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren kooperieren.
- 2.) Passgenauere Lösungen sollen für die Betroffenen gefunden werden.
- 3.) Die Beratungsstellen sollen Mitglied im Job-Center Beirat werden. Besonders bei den Eingliederungsmaßnahmen sollen die „Kundinnen und Kunden“ befähigt werden, ihre

Rolle selbstverantwortlich wahrzunehmen. Dafür muss die Arbeit der Beratungsstellen zuverlässiger und besser über kommunale Mittel finanziert werden.

Die arbeitsrechtlichen Pflichten vor allem die Rechte sind vielen Leistungsempfängern unbekannt. Bildungsmodule zum Thema Arbeitsrecht müssen im Job-Center angeboten werden.

Die Zugänge zu einer kostenlosen und unabhängigen Energieberatung müssen ermöglicht werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt:

Seite 2 und 3
Fortsetzung von Seite 1
Buchrezension: „...doch nicht bei uns in Krefeld!“

Seite 4:
Wohin geht die Türkei?
Inklusion
Nicht auf Kosten von
SchülerInnen und
LehrerInnen

Wichtig dabei ist eine individuelle Befähigung im Umgang mit drohenden Energiesperren, damit diese im Vorfeld verhindert werden können. Auch solche Befähigung sollte in den Aktivierungsmaßnahmen der Job-Center als Bildungsmodule stattfinden. Die gesetzlichen Regelungen zur Übernahme von Darlehen bei Energieschulden sind wenig transparent, die Rechtslage ist nicht eindeutig. Vermutlich deshalb sehen sich die Job-Center in der Regel nicht in der Pflicht, bei drohender oder eingetretener Energieliefer-sperre Abhilfe zu schaffen.

Rund 35% der Leistungsempfänger haben gesundheitliche Einschränkungen. Der Entwurf für ein neues Gesundheits-Präventionsgesetz rückt diese Menschen erstmals in den Blick. Er übersieht jedoch die wichtige Rolle, die Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren dabei übernehmen können, denn diese sind für die Betroffenen niederschwellig erreichbar. Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

1.) Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren sollten als Akteure in den bestehenden Entwurf des § 21a des Präventionsgesetzes aufgenommen werden.



Das Podium von links nach rechts: Hans-Peter Sokoll, Ulle Schauws, Ansgar Heveling, Professor Dr. em. Gerhard Bäcker, Anne Gollenbeck, Siegmund Ehrmann

2.) Die bereits existierenden Präventionsangebote sollten in Kooperation mit den Krankenkassen ausgebaut werden.

3.) Im Rahmen von sozialer Teilhabe nach § 1 SGB II sollten die Leistungsberechtigten vom Eigenbeitrag oder Vorleistungen bei Präventionsmaßnahmen befreit werden.

Eine gute und notwendige Veranstaltung, bei der leider kein/e VertreterIn der LINKEN ins Podium eingeladen worden war. DIE LINKE ist die einzige Partei, die eine sofortige Abschaffung der unsozialen Hartz-IV-Gesetze fordert. DIE LINKE ist gegen jede menschenverachtende Sanktionierung, sie fordert eine Mindestsicherung von 1050 € monatlich. Wer Hartz IV bezieht, hat nicht ausreichend Geld für das Notwendigste. Durch schikanöse Sanktionen und zu niedrige Regelbedarfe wird den Menschen die Würde genommen, es ist nicht erstaunlich,

dass 44 % der Klagen gegen die Sanktionen erfolgreich geführt werden. Das neugeschaffene Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft führt zu einer unerträglichen Überwachung der Privatsphäre.

Unerträglich auch, dass 15 % der Kinder von Hartz IV betroffen sind. Ein guter Start ins Leben sieht anders aus.

Die Menschen werden aus dem sozialen Leben ausgegrenzt, können nicht am kulturellen und sozialen Leben teilhaben. Eine demokratische Teilhabe wird so unmöglich. Jeder Fünfte hat Probleme die Miete zu bezahlen und die Wohnung ausreichend zu heizen. Jeder Dritte hat Schwierigkeiten sich ausreichend gesund zu ernähren. Vom „Luxus“ eines Kinobesuchs oder eines Weihnachtsgeschenks für die Kinder ganz zu schweigen.

M. G.

Buchrezension „...doc

Das war am 10. November 1938 die Antwort auf eine Schreckensnachricht: Die Krefelder Synagoge war in Brand gesteckt worden. Dieses Zitat hat Claudia Flümman als Titel ihres kürzlich erschienen Buches über Arisierung in Krefeld ausgewählt. Dieser Titel ist Programm. Das Buch berichtet auf über 600 Seiten Tatsachen, die bisher mit der „Samt- und Seidenstadt“ nur selten in Verbindung gebracht wurden. Der Zeitraum des Buches steht im Untertitel: „1933 bis 1963“. Nein, kein Druckfehler, nicht „1933 bis 1945“. Das Ergebnis dieser dreißig Jahre steht auf dem rückwärtigen Cover des Buches:

Ein Drittel der Jüdischen Krefelder wurden in den Lagern des „NS-Deutschlands“ ermordet, die Überlebenden und Angehörigen kämpften um die „sogenannte Wiedergutmachung“:

„Am Ende stand für die meisten jüdischen Familien der dauerhafte Verlust ihres Platzes in der Stadt.“

Die Ausgrenzung endete also nicht 1945. Beschreibt Claudia Flümman in ihrem Buch eine antisemitische Nazihochburg? Keineswegs. Krefeld war vor 1933 geprägt durch die ökonomische Integration der jüdischen Minderheit. Aber nach 1933 hatten sich die Geschäftsgrundlagen geändert. Jetzt übernahmen „Konkurrenten, Angestellte und Investoren die Marktanteile der jüdischen Kaufleute“. Und auch nach 1945 sollte sich das Geschäft gelohnt haben, erkämpft wurde gegen die Überlebenden eine möglichst kostengünstige „Wiedergutmachung“.

Das Titelbild des Buches zeigt deshalb auch nicht den „üblichen“ Radauantisemiten in SA Uniform vor einer zerstörten Schaufensterscheibe. Zu sehen sind stattdessen elegant gekleidete Bürgerinnen und Bürger vor dem „Seidenfaden“ am Ostwall, nur auf den zweiten Blick ist eine kleine Hakenkreuzfahne zu erkennen.

Diesen „zweiten Blick“ hat die Autorin, wie sie offen beschreibt, auf dem eigenen „Dachboden“ gewonnen, in den Akten der Familie. Hier fand sie die Arisierungsdokumente, über die bisher nicht gesprochen worden war.

Claudia Flümman machte sich auf die Suche. In jahrelangen umfassenden Recherchen in Krefelder Ar-



Wer Hartz-IV bekommt, ist vor viele Entscheidungen gestellt: Wenn die Miete steigt und das Amt die Kosten nicht übernimmt – schalten wir dann die Heizung aus, um zu sparen? Können die Kinder mit auf den Schulausflug oder essen wir dann Ende des Monats bei der „Tafel“? Gehen wir mal ins Kino oder gibt es dann keine Winterschuhe? Die Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger, der Berliner Spitzenkandidat Klaus Lederer und VertreterInnen des Bezirksverbands Friedrichshain-Kreuzberg haben heute vor dem Jobcenter Jobcenter Berlin Friedrichshain-Kreuzberg den Auftakt zur bundesweiten Aktionsphase „Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV“ im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ gegeben. Sie kamen mit Menschen ins Gespräch, schenkten Kaffee aus und verteilten Infomaterial rund um die Kampagne.

Aktuelle Informationen und auch ein PDF dieser Roten Krähe auf unserer Internetseite:
www.dielinke-krefeld.de

Impressum: V.i.S.d.P:
Heidrun von der Stück
Alte Linner Straße 85,
47799 Krefeld
(02 151) 783 33 75

„...doch nicht bei uns in Krefeld!“



Ein Haus, dass jeder Krefelder kennt. Es wurde im Mai 1933 "arisiert".

chiven, auch die Sparkasse stellte Unterlagen zur Verfügung, und vor allem im Landesarchiv NRW rekonstruierte sie die Geschichte einer Vernichtungs- und Bereicherungsgeschichte, die so bisher noch nicht erzählt worden ist. Allerdings stieß sie auch in der Gegenwart auf eine Grenze: Ein immer noch gesperrter Bestand des Krefelder Finanzamtes liegt im Landesarchiv, zu dem nicht einmal das Findbuch einsehbar ist. Weitere Bestände des Finanzamtes und von Geldinstituten, etwa der „Deutschen Bank Krefeld“, wurden „gezielt vernichtet“.

Trotzdem gelingt der Autorin auf über 600 Seiten die Geschichte eines Gewinnstrebens, das buchstäblich „über Leichen geht“. Es muss sich nur lohnen.

Die Ausgrenzungen gehen bis in die Gegenwart, wenn etwa Betriebe den Zeitpunkt ihrer Gründung auf eine Geschäftsübernahme durch die jüdischen Vorbesitzer legen, ohne diese Menschen auch nur zu erwähnen.

Claudia Flümann ist ausgebildete Historikerin, aber sie bricht mit einem weitgehend eingehaltenen Tabu ihrer Zunft. Sie lehnt ausdrücklich Anonymisierungen ab, sie nennt die Namen und diese Namen sind in

Krefeld auch im Wirtschaftsleben der Gegenwart zu finden. Und: „... auch bei den an der Ausplünderung und Enteignung beteiligten Institutionen – und in erster Linie ist hier die Finanzverwaltung zu nennen – lohnt sich der Blick auf die einzelnen Beamten...“

„Es geht ... um die Rekonstruktion einer ... Realität ... Und in dieser Realität hießen die Beteiligten eben nicht 'H.' und 'B' ...“

Claudia Flümanns Buch beginnt 1933, mit dem Boykott der Geschäfte in jüdischem Besitz. Dieser Boykott wurde vor allem von Parteien durchgesetzt. Er betraf den Einzelhandel und basierte noch nicht auf gesetzlichen Regelungen. Nutznießer waren die nichtjüdischen Einzelhändler. Umgehend wurden die Geschäfte von den „arischen“ Geschäftsleuten günstig erworben.

In den Prozessen um eine Wiedergutmachung werden diese Geschäftsleute nach 1945 immer wieder argumentieren, der wirtschaftliche Misserfolg der früheren jüdischen Besitzer hätte nichts mit einem Boykott zu tun gehabt. Er sei nur das Ergebnis kaufmännischer Unfähigkeit gewesen. Der geringe Kaufpreis, den sie an die jüdischen

Vorbesitzer gezahlt hätten, wäre mehr als berechtigt gewesen. Die „Arisierer“ werden sich nach 1945 auch noch als Wohltäter darstellen, vor den Gerichten oft erfolgreich.

Nach Flucht, Deportation und der Ermordung vieler Familienmitglieder standen die Verfolgten vor den deutschen Nachkriegsgerichten den Profiteuren gegenüber und mussten um jede Mark kämpfen. Die „Arisierer“ blieben dagegen auch im Nachkriegsboom auf der Gewinnerseite.

Die Vertreibung endete nicht 1945:

„Zu Hause- in Krefeld meine ich - bin ich nie wieder gewesen“, fasste eine Überlebende 1969 ihre Erfahrungen zusammen.

Die umfassende Enteignung, die buchstäblich nichts mehr übrig ließ, bis schließlich zur Deportation ab 1941, wurde vom Staat organisiert. Die gesetzlichen Vorgaben waren so genau abgefasst, dass vom früheren Eigentum selbst Stühle, Besteck, Kinderspielzeug oder Wäschestücke registriert wurden.

„Nicht nur die Konten, die Grundstücke oder die Häuser wurden „umverteilt“ oder verstaatlicht, auch der einfachste Hausrat war „erfasst“ und wurde jetzt versteigert.

Hier konnte jeder „Volksgenosse“ zum Zuge kommen. Claudia Flümann: „Der rege Andrang der Bevölkerung zu den ... Versteigerungen ´jüdischen` Hausrats vervollständigt das Bild einer städtischen Gemeinschaft, in der (fast) jeder jeden kannte und (fast) alle alles wussten.“

Claudia Flümann nennt die Versteigerungsorte in Krefeld und nennt die Organiseure. An erster Stelle steht hier das Finanzamt Krefeld unter der Weisung der Oberfinanzdirektion Düsseldorf. Die Namen der Beamten werden genannt und ihr Karriereweg: Keine „SA Rabauken“, sondern pflichtbewusste Beamte, die „nur“ den Vorschriften folgten. Deshalb blieben sie auch nach 1945 weiterhin angepasst. Obwohl hier Fragezeichen berechtigt sind, wenn Claudia Flümann die Aktenvernichtungen in den Ämtern erwähnt und das häufige Nichtwissen dieser Beamten in den Wiedergutmachungsprozessen.

Claudia Flümann schreibt von einem „Netzwerk der Beteiligten“ vor und nach 1945, das auch die Krefelder Industrie- und Handelskammer, die „Fachgruppe Seiden- und Samtindustrie“ und die Krefelder Geldinstitute umfasste.

Das „Expertenwissen“ half bei der Enteignung und nach 1945 bei der „Anspruchsabwehr“.

Auch die ehemaligen Nachbarn der vertriebenen oder deportierten Menschen blieben oft stumm, wenn sie zugunsten der Vertriebenen aussagen konnten. Claudia Flümann sieht für die Zeit nach 1945 „nachbarschaftliche Schweigekartelle“ in allen sozialen Schichten der Stadt.

Dieses Buch ist nicht nur geschrieben worden, um die Tätergesellschaft aus ihrem oft bis jetzt andauernden Versteck hervorzuholen: In detaillierten Tabellen werden im Anhang die Einzelhandelsgeschäfte, die Unternehmen im Samt- und Seidengewerbe und die Häuser und Grundstücke mit jüdischen Besitzern und die jeweilige Erwerber aufgelistet

Das Buch ist vor allem ein Buch für die Opfer. Ihre Leiden über das Jahr 1945 hinaus kommen zur Sprache, ausführlich werden diese vertriebenen Krefelder mit ihren Erinnerungen zitiert. Claudia Flümann sieht ihr Buch als „überfälliges Zeichen des Respektes gegenüber den Angehörigen und Nachkommen der jüdischen Betroffenen“.

Es gibt derzeit kein Buch für eine deutsche oder österreichische Gemeinde, das so detailliert diese fortgesetzte Enteignungs- und Verfolgungsgeschichte analysiert. Es geht nicht um ein besonders „finsternes“ Krefeld, diese Geschichte könnte auch für alle anderen Gemeinden geschrieben werden.

Die Stadt Krefeld sollte Claudia Flümann für ihr Buch danken.

Prof. Dr. Wolfgang Dreßen

Claudia Flümann, „...doch nicht bei uns in Krefeld!“ Arisierung, Enteignung, Wiedergutmachung in der Samt- und Seidenstadt 1933 bis 1963, Klartext Essen 2015, 661 Seiten, mit vielen Bildern. 29,95 Euro; ISBN:978-3-8375-1455-1

Wohin geht die Türkei?

Unter diesem Titel fand am Mittwoch, dem 25.11.15 eine Veranstaltung des Kreisverbandes DIE LINKE.Krefeld im Südbahnhof statt.

Das Thema war hochaktuell, wurde doch ein Tag zuvor eine russische SU 24 von einer türkischen Maschine abgeschossen.

Vor rund 30 Besucherinnen und Besuchern gab Hamide Akbayir (MdRates in Köln) einen Überblick über die momentane Situation in der Türkei und ihre Entstehungsgeschichte.

Sie ging zunächst auf die Geschichte der Türkei ein. Hamide verwies auf die Probleme, die durch die immer nationalistischere Politik Erdogans entstünden. Sie arbeitete die Spannungen heraus, die im Land durch den zunehmend autoritären Führungsstil forciert würden. Die Türkei als ein Vielvölkerstaat gewähre den Minderheiten nicht die Rechte, die sie brauchten, um ihre Identität wahren zu können.

Die Kurdinnen und Kurden bilden die größte Minderheit.

Hamide Akbayir berichtete über die massive Wahlbehinderung der kurdisch-demokratischen HDP durch die AKP-Regierung bereits vor den Juni-Wahlen. Noch stärkere Wahlbehinderungen gab es vor den Neu-

wahlen am 1. November. Ausnahmestände vor allem in den kurdischen Landesteilen hatten Tote zur Folge. Menschen wurden erschossen, Verletzte konnten nicht behandelt und Tote konnten nicht beerdigt werden. Unter diesen Bedingungen Wahlkampf zu führen sei praktisch nicht möglich gewesen.

Hamide Akbayir ging auf die Mitverantwortung der Regierung, der Polizei und des Militärs für die Attentate in Suruc und Ankara ein. Niemand könne glauben, dass der türkische Sicherheitsapparat nicht über die Pläne der IS-Attentäter in Suruc und Ankara informiert gewesen sei. Hamide erzählte von einer Episode, die sich beim Besuch einer Delegation in Ankara ereignet hatte. Ein Delegationsteilnehmer habe eine rote Postkarte zu einem Röllchen gedreht und in seine Tasche gesteckt. Dieser Vorgang wurde von den vielen Überwachungskameras, mit denen Ankara ausgestattet ist, aufgezeichnet. Der Mann wurde festgenommen und die entdeckte „Waffe“ war das rote Stück Papier.

Hamide Akbayir stellte die immer größere Entdemokratisierung in der Türkei dar. BürgerInnenrechte würden zunehmend eingeschränkt, Presse und Justiz unter Druck ge-

setzt, kritische JournalistInnen massenhaft inhaftiert.

Viele Wortmeldungen der TeilnehmerInnen an der lebhaften Veranstaltung führten dazu, dass die Zeit von zwei Stunden kräftig überzogen wurde.

Moderiert wurde der Abend durch die Kreissprecherin Heidrun v.d. Stück und den Kreissprecher und

das Ratsmitglied Stephan Hagemes. Beide brachten die Solidarität der LINKEN für die demokratischen Kräfte und die kurdische Freiheitsbewegung in der Türkei zum Ausdruck. Die Unterstützung für Erdogans diktatorische Politik durch die Bundesregierung wurde von den Gästen einhellig abgelehnt.

vdS



Auf den Podium von links nach rechts: Heidrun v.d. Stück, Hamide Akbayir und Stephan Hagemes

Inklusion

Nicht auf Kosten von SchülerInnen und LehrerInnen

In ihrer Septembarausgabe berichtet die nds (neue deutsche Schule) über eine online-Umfrage der GEW NRW zum Thema Inklusion. Anlass ist die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung aufgrund des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes.

Die Ergebnisse der Umfrage:

- Der Förderbedarf ist höher als angenommen -
- Praxisorientierte Fortbildungsangebote dringend erforderlich -
- Inklusion muss in die Schulentwicklungsplanung eingearbeitet werden, Schulen müssen einbezogen werden -
- SonderpädagogInnen müssen mit höherer Stundenzahl in den Schulen eingesetzt werden -
- Mehr Stunden für Beratung und Besprechungen sind dringend erforderlich -
- Raumplanung muss den Bedürfnissen angepasst werden -
- Maximal 20 SchülerInnen in Klassen mit gemeinsamem Lernen -
- Die Barrierefreiheit ist z.Zt. nicht einmal im Ansatz gesichert -
- Kommunen – auch Krefeld müssen inklusive Schulen deutlich besser unterstützen.

Die LINKE hat die Inklusion immer eingefordert. Dass endlich nach der Ratifizierung in NRW im vorigen Schuljahr mit der inklusiven Beschulung begonnen wurde, wird deshalb von uns begrüßt.

Nur darf es nicht sein, dass die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf dem Rücken der SchülerInnen und LehrerInnen ausgetragen wird. Inklusion ist nicht ohne Geld zu haben. Zusätzliche Räume für Differenzierung, maximale Klassenfrequenzen von 20 SchülerInnen und ausreichend SonderpädagogInnen für die Begleitung der SchülerInnen sind erforderlich.

Die Umfrage der GEW erhellt die Situation an den Schulen. Ein Gesetz, das ohne die dringend notwendigen zusätzlichen Geldmittel auf den Weg gebracht wird, ist eine Mogelpackung.

Inklusion gibt es nicht ohne zusätzliche Geldmittel. Werden SchülerInnen mit und ohne Behinderung gemeinsam beschult, sind immer auch ausreichend SonderpädagogInnen notwendig, um die Kinder mit Behinderung zu begleiten.

Die Ausbildung der SonderpädagogInnen an den Universitäten qualifiziert die Lehrkräfte, die SchülerInnen mit Behinderung ihren Bedürfnissen entsprechend zu begleiten. Wenn jetzt LehrerInnen ohne die entsprechende Qualifikation einen mehr oder weniger großen Anteil der bisherigen Arbeit der SonderpädagogInnen übernehmen, sind alle – auch die SchülerInnen damit überfordert.

vdS

Deutschland hat Anfang Januar 2009 durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention endgültig verpflichtet, die Inklusion im Bildungswesen einzuführen. Inklusiv Beschulung bedeutet, alle Kinder mit und ohne Behinderung werden gemeinsam beschult. Kein Ausortieren zu irgendeinem Zeitpunkt. Es gibt keine wirkliche Inklusion, wenn die Kinder bereits mit 10 Jahren auf verschiedene Schultypen sortiert werden. Wir fordern deshalb "Eine Schule für alle". Mit der Gründung von weiteren Gesamtschulen sind wir bereits auf dem Weg, jedoch wird es die "Eine Schule für alle" nicht geben, solange es Gymnasien, Gesamtschulen, Realschulen, Sekundarschulen und Hauptschulen gibt.